

Geht wählen!

Der Wahlkampf hat begonnen - vom 16. bis 19. Januar könnt Ihr eure Meinung kund tun!

„Geht wählen“ lautet der Titel dieser Broschüre, und dies ist auch der Hauptzweck, den wir mit ihr verfolgen. Im letzten Jahr nahmen weniger als 20 % der Göttinger Studierenden den Gang zur Urne auf sich. Dies ist ungeheuer schade, geht es bei den Uni-Wahlen doch um viel – immerhin verfügt beispielsweise der AStA über einen Etat von annähernd einer halben Million Mark, bei dem Ihr mitbestimmen könnt, welche Leute und Gruppen dieses Geld verwalten. Wählen ändert nix, heißt es oft. Aber nicht wählen ändert erst recht nichts. Und wenn Ihr wählen geht, gebt Ihr denjenigen, die versuchen wollen, doch etwas zu verändern, eine Chance. Nämlich uns. Und wenn Ihr meint, es sei egal, ob gerade Ihr wählen geht oder nicht, weil es ja doch niemand bemerkt, dann irrt Ihr. Denn wir bemerken es sehr wohl, ob uns jemand wählt oder nicht. Und da zählt jede einzelne Stimme. Nur mit Eurer Unterstützung, nur mit Euren Stimmen hinter uns haben wir überhaupt die Möglichkeit, etwas zu bewegen. Und selbst wenn es Euch egal sein mag, was mit Eurer Uni passiert: uns ist es das nicht.

Der Senat ist das Uni-Gremium, bei dem über die Entwicklung und Zukunft der Universität am maßgeblichsten entschieden wird. Vom Konzil wird immerhin der/die UnipräsidentIn gewählt. Also: Egal was Ihr wählt – geht wählen!



Nicht mehr zu übersehen: Es stehen wieder die Uni-Wahlen an!

■ Für engagierte Hochschulpolitik

Ganz unwichtig ist es uns natürlich trotzdem nicht, wen Ihr wählt. Auf den folgenden Seiten findet Ihr einen Überblick darüber, was wir im nächsten Jahr im AStA und den Uni-Gremien zu bewirken gedenken und mit welchen Themen wir uns überhaupt beschäftigen. Nach großen Defiziten im vergangenen AStA stehen wir dafür ein, daß im nächsten AStA eine verlässliche Sozialberatung, engagierte studentische Interessenpolitik, der Kampf gegen Rechts und engagierte Servicearbeit geleistet werden. Also: Geht wählen! Und helft uns, doch etwas zu verändern.

Themen dieser Ausgabe

Saufen für die CDU!

Studierende werden von RCDS und DAF getäuscht! Die Göttinger Juristenfete finanziert die CDU! Hat Göttingen nun auch seinen Spendenskandal?

-> Seite 11

Abrechnung mit rechtem AStA

Ein Jahr voller Rücktritte, Pleiten, Pech und Pannen, die nicht mehr zum Lachen sind. Wir ziehen Bilanz und schreiben die Chronik eines Desasters ohnegleichen!

-> Seiten 4 und 5

Wahlprogramm

Die Juso-Hochschulgruppe stellt sich, ihr Wahlprogramm und die Köpfe dahinter vor.

-> Seiten 3, 6 und 8

Warum wir Politik an der Uni machen. Oder: Wir über uns

Mit schöner Regelmäßigkeit treten zu den Uni-Wahlen jedes Jahr neue „Spaßlisten“ an, um meist bald darauf wieder in der Versenkung zu verschwinden. Gegen beides - die Neugründungen wie deren Abgang - ist wenig einzuwenden. Schade nur, daß so suggeriert wird, in „etablierten“ Gruppen könne Uni-Politik keinen Spaß machen. Wir bekennen: Uns Jusos macht es Spaß, für die rotation zu schreiben, im AStA zu arbeiten, in Gremien mitzuwirken.

Kurz: Zu versuchen, die Uni - und mit viel Glück vielleicht auch ein Fitzelchen der Welt drum herum - zu verändern. Oder das zumindest zu versuchen. Jedenfalls sind wir weder Masochisten noch Polit-Zombies (und wir gehen davon aus, daß das auch bei den anderen Listen so ist).

Warum aber Politik gerade an der Uni? Bei Greenpeace kommt man ins Fernsehen, bei amnesty muß man keine Koalitionsverhandlungen führen und wenn man in eine Gewerkschaft eintritt, bekommt man sogar

-> Seite 2

Forsetzung Seite 1: Warum wir Politik machen oder: Wir über uns

ein Werbegeschenk. Mit alldem können wir nicht dienen. Aber: Man kann in der Juso-Hochschulgruppe aktiv sein und gleichzeitig bei Greenpeace, amnesty und einer Gewerkschaft mitmachen (vorausgesetzt, man hat viel Zeit und genug Geld für die Mitgliedsbeiträge). Und: wir arbeiten in ähnlichen Politikfeldern, wenn auch mit anderen Schwerpunkten. Hinzu kommt: wir meinen, daß es an den Hochschulen im allgemeinen und unserer geschätzten Georgia Augusta im besonderen genug Dinge gibt, die es zu ändern lohnt. Das fängt bei ganz banalen (und oft fälschlicherweise für „unpolitisch“ gehaltenen) Sachen wie Prüfungsordnungen an und hört beim Widerstand gegen Studiengebühren noch lange nicht auf. Denn an den Hochschulen werden (immer noch) die Leute ausgebildet, die später in Wirtschaft und Politik das Sagen haben: Also ist das, was an der Hochschule vermittelt wird, doch von eminenter gesellschaftlicher Bedeutung.

Selbstverständlich wird nicht alles gut, wenn man die Hochschulen (in unserem Sinne natürlich) reformiert. Aber wenn wir Studierenden zum Beispiel verhindern können, daß Bildung nach der Einführung von Studien- und vielleicht auch Schulgebühren wieder endgültig zu einem Privileg der „Besserverdienenden“ wird, dann ist auch für andere Bevölkerungsgruppen eine Menge gewonnen. Vielleicht unterscheidet uns das von vielen anderen Hochschulgruppen:

Wir interessieren uns für Bildungs- und Hochschulpolitik nicht nur, damit für uns bessere Studienbedingungen geschaffen werden und wir so schneller Karriere machen können (wie das einige rechte oder „unpolitische“ Listen tun). Wir sehen diese Bereiche aber auch nicht - wie manche Linken - als eher lästiges Pflichtprogramm, das man absolvieren muß, damit man in den AStA gewählt wird und dort dann „richtige“ Politik machen kann. Bildungspolitik ist so wichtig, daß man sie nicht für andere Zwecke instrumentalisieren sollte und sie schon gar nicht den Professoren- und Arbeitgeberverbänden überlassen darf.

Manche Linke (auch in Göttingen) meinten in der Vergangenheit immer wieder, man verhindere die unmittelbar bevorstehende Revolution, wenn man für höhere BAföG-Sätze eintrete. Oder der Protest gegen Studiengebühren sei unsinnig, weil er sich nicht gleichzeitig gegen den Kapitalismus richte. Wir sehen das anders. Wir halten es nämlich nicht nur für legitim, sondern auch in einem demokratischen System für unverzichtbar, daß jede gesellschaftliche Gruppe für ihre eigenen Interessen eintritt - ohne diese allerdings auf Kosten Schwächerer durchsetzen zu wollen. Wenn die Gewerkschaften für höhere Löhne eintreten, wird das für selbstverständlich erachtet. Wenn wir Studierende mehr BAföG fordern, halten das einige der anderen linken Göttinger Uni-Gruppen für

„ständische Politik“, so lange man sich nicht gleichzeitig mit den Arbeitslosen solidarisiert. Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir Studierenden sollten nicht glauben, wir seien der Nabel der Welt und die einzigen Opfer einer verfehlten Politik. Aber wir müssen uns auch nicht schämen, für unsere Interessen einzutreten - genauso wenig wie die Gewerkschaften. Außerdem führen solche Forderungen letztlich dahin, den Hochschulzugang weniger nach sozialen Kriterien zu gestalten. Dies sollte im Sinne aller fortschrittlich Denkenden sein.

Als Konsequenz daraus versuchen wir in der rotation und in den von uns organisierten Veranstaltungen die Studierenden über uns für wichtig erscheinende politische Entwicklungen zu informieren und für unsere Positionen zu werben. Denn wir denken, daß Gruppen, die nur zu Wahlkampfzeiten aktiv werden, wenig glaubwürdig sind. Eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit gehört für uns denn auch zu den wichtigsten Aufgaben des AStA, um nicht zuletzt die aktuellen bildungspolitischen Diskussionen auch an der Uni Göttingen zu führen. Daß wir in der rotation des öfteren auch etwas polemisch werden und dabei vielleicht hin und wieder auch etwas über die Stränge schlagen, möge uns verziehen werden. Eine Auseinandersetzung mit den anderen Gruppen gehört für uns mit zum Geschäft, denn politischer Streit ist unabdingbar für die Demokratie.

Unser Spitzenkandidat für den Senat

■ Studentische Interessenvertretung im höchsten Gremium der Uni

Der Senat ist das höchste Gremium der Universität Göttingen. Er tagt unter dem Vorsitz des Präsidenten etwa alle 4 Wochen und entscheidet über alle wichtigen Fragen der Universität, also etwa über Zielvereinbarungen mit den Fakultäten, Berufungen und ab diesem Jahr auch über die interne Mittelverteilung. Zwar ist der Senat mehrheitlich von ProfessorInnen besetzt, doch auch wir als Studierende können mitbestimmen und besetzen 2 der 13 Senatorenposten.

Wie bereits vergangenes Jahr treten wir gemeinsam mit der Grünen Hochschulgruppe (GHG) auf einer Senatsliste an, weil wir uns auch in diesem Gremium für studentische Positionen stark machen möchten.

Der Spitzenkandidat unserer Liste ist Lars Gargulla (SoWi) von der Juso-HSG. Er verfügt über reichlich Gremienerfahrung durch sein langjähriges Engagement am Sozialwissenschaftlichen Fachbereich und seine Tätigkeit im Stiftungsrat des Studentenwerks.

Schwerpunkt seiner Arbeit soll im kommenden Jahr sein, auf eine weitere Demokratisierung der hochschulinternen Strukturen hinzuwirken und die studentische Position in den Gremien zu stärken.

Als studentischer Vertreter will er sich in diesem höchsten Gremium dafür einsetzen, die Universität - und hier insbesondere auch den Campusbereich - wieder als einen lebenswerten Raum für alle Studierenden zu gestalten und dafür auch die neu geschaffenen Steuerungsmöglichkeiten der Universitätsleitung im Rahmen des Globalhaushalts zu nutzen.



Lars Gargulla, 25

Spitzenkandidat
der Juso/GHG-Senatsliste

Jusos - Die tun was!

Es wird Zeit, daß es wieder einen funktionierenden AStA gibt und es wird Zeit, daß wir unseren Anspruch darauf erheben, mit unseren Ideen den nächsten AStA entscheidend zu prägen. Die Juso-HSG ist jetzt dran!

■ Starke Interessenvertretung

Wir müssen es uns zur Aufgabe machen, wieder eine starke studentische Interessenvertretung zu werden. Unsere Aufgabe muß es sein, uns nach allen Seiten für studentische Belange einzusetzen. Dabei sehen wir 4 Punkte im Vordergrund:

Unterstützung der Studierenden an der Hochschule: Wir helfen Euch bei allen studentischen Problemen und Themen wie BAföG, Sozialberatung, Studieren mit Kind, Rechtsberatung, Zweitwohnsitzsteuer, zinsloses 100 DM-Darlehen, Sozialanschluß, GEZ etc.

Vertretung der Interessen gegenüber der Hochschule: Es ist unsere Aufgabe, weiterhin in allen Belangen mitzureden. Wenn die Hochschule einen Weg geht hin zu stärkerer Autonomie, zu Hochschulmanagern und hin zum Globalhaushalt, dann müssen wir bei zukünftigen personellen, finanziellen und strukturellen Entscheidungen verstärkt die Interessen der Studierenden vertreten, um so zu gewährleisten, daß die Qualität der Lehre und die Vielfalt an unserer Universität nicht zugunsten finanziell rentabler Studiengänge geopfert werden.

Vertretung der Interessen gegenüber dem Land Niedersachsen: Wir werden unsere Position als Ansprechpartner für die Politik ausbauen. Wir sind es, die sich bei Entwicklungen stark machen können, um die Hochschulpolitik in Niedersachsen voranzutreiben. Es hat sich in der Vergangenheit bereits gezeigt, daß wir gute Kontakte haben. Das wird uns ermöglichen, einen besseren Weg als der bisherige AStA zu beschreiten. Wir haben die entsprechenden Mitglieder, die Wissen, Kompetenz und Erfahrung einbringen können. Die Chance, bewußt und erfolgreich die zukünftige Hochschulpolitik mitzubestimmen, ist besser als je zuvor.

Vertretung der Interessen gegenüber der Stadt Göttingen: Eine Stadt wie Göttingen, die sehr durch die Hochschule geprägt ist, ist auch besonders auf die Hochschule und die Studierenden angewiesen. Wenn fast 20 Prozent der EinwohnerInnen Studierende sind, von den Angestellten der Hochschule - von Lehrenden bis MitarbeiterInnen des Studentenwerks und der Verwaltung mal ganz abgesehen - so ist der Hochschulstandort ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor für diese Re-

gion. Sehr viel Betriebe und Geschäfte und somit auch viele Arbeitsplätze sind von der Hochschule direkt und indirekt abhängig. Die Wechselwirkungen zwischen Hochschule und Stadt sind enorm. Die Stadt Göttingen und die Universität Göttingen müssen auch weiterhin für Studierende attraktiv bleiben. Deswegen müssen wir dazu beitragen, die Belange der Studierenden auch gegenüber der Stadt zu vertreten. Dabei ist die Kultur in einer Stadt, gerade wenn wie jetzt über Kürzungen im Kulturhaushalt diskutiert wird, ein erster Ansatzpunkt. Bei der Wahl des Studienortes ist auch das Umfeld einer Stadt wichtig. Und dazu gehört auch ein vielfältiges kulturelles Angebot. Aber darüber hinaus müssen wir auch mitreden, wenn es um andere kommunale Themen geht, die die Interessen der Studierenden betreffen: zum Beispiel Verkehrspolitik (Radwege, öffentliche Verkehrsmittel), Zweitwohnsitzsteuer, Wohnungsmarkt. Die Stadt Göttingen könnte aber noch viel mehr von der Universität profitieren. Es gibt einige Bereiche, in denen wir uns bemühen könnten, etwas zur Attraktivität der Stadt beizutragen. Wir denken dabei unter anderem an die Kunstsammlungen, Raritäten und historischen Dokumente, die in den Kellern der Universität lagern und kaum jemandem zugänglich sind. Wir werden uns gegenüber der Hochschulleitung dafür einsetzen, daß sie ihren Beitrag zur Stadtentwicklung leistet.

■ Bundesweiter Dachverband

Wenn Bildungspolitik in Deutschland diskutiert wird, dann muß es für die Öffentlichkeit und die Politik einen einflußreichen, kompetenten und vor allem ernst zu nehmenden Ansprechpartner geben. Wir als Studierende können aufzeigen, was sich ändern muß, wenn in Deutschland weiterhin eine gute akademische Ausbildung sichergestellt werden soll, denn wir erleben den Ausbildungsstandard der Uni tagtäglich.

Das heißt aber erstmal, daß wir an den bestehenden Verhältnissen arbeiten müssen, damit eine bundesweite Studierendenvertretung auch ausreichend Gehör findet. Die derzeitige Situation ist unerträglich. Der „freie Zusammenschluß von studentInnenschaften“ (fzs) gibt ein jämmerliches Bild ab. Abspalterorganisationen machen keinen Sinn, wenn es unendlich viele gibt und diese nur wenige Mitglieder haben. Es muß zukünftig einen Dachverband geben, der möglichst alle politischen Richtungen beinhaltet und mit Kompetenzen ausgestattet ist. Daran werden wir arbeiten!

■ Kampf gegen Rechtsradikalismus

Der AStA muß seine Arbeit im Kampf gegen Rechts wieder aufnehmen, wir müssen wieder verstärkt Präsenz zeigen. Wir werden uns den breiten gesellschaftlichen Bündnissen wieder anschließen, die gegen rechte Gesinnung vorgehen wollen. Wir werden weiterhin rechtsextremen Gruppen in Göttingen keine Plattform lassen. Anders gesagt: Göttingen muß ein Reizwort für alle Neonazis bleiben. Wir werden aktiv zur Vernetzung im Kampf gegen Rechts beitragen. Aber über diese Aktionen hinaus wäre es auch wünschenswert, wenn der AStA wieder verstärkt Material über rechte Tendenzen in Deutschland archiviert, sammelt, forscht und Ergebnisse auch publiziert. Der AStA sollte auch inhaltlich gegen rechte Tendenzen vorgehen, die Ursachen analysieren und Auswege aufzeigen. Gleichzeitig müssen wir unseren Teil zur Integration von AusländerInnen beitragen und ihnen ein Leben in Deutschland ermöglichen.

Dieses Engagement geht natürlich über die eng verstandenen Grenzen der reinen Hochschulpolitik hinaus. Aber auf diese wollen wir uns auch nicht einengen lassen, denn wir fordern ein:

■ Allgemeinpolitisches Mandat

Wir als Juso-HSGen haben uns immer eingemischt, wenn in der Politik Entscheidungen geplant oder getroffen wurden, die wir nicht einfach hinnehmen wollten. Daran wird sich nichts ändern. Wir wollen weiterhin studentische Kompetenz einbringen und studentische Interessen auch in anderen Politikfeldern vertreten. Mögliche Themen sind hierbei: Wirtschafts- und Finanzpolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik, Europapolitik usw.

Wir müssen aufzeigen, daß Interessenvertretung von Studierenden nicht in einem Elfenbeinturm stattfindet, sondern von politischen Entscheidungen abhängig ist. Studierende sind Teil der Gesellschaft und ebenso von Entscheidungen betroffen, die über Hochschulpolitik hinausgehen. Daher sehen wir das allgemeinpolitische Mandat als notwendig an.

Wir müssen als gesellschaftliche Gruppe ernst genommen werden, dann werden wir auch als studentische Interessenvertretung ernst genommen!

Wir haben Euch Eckpunkte und Zielsetzungen vorgestellt. Viele Gründe uns zu wählen: Also ran an die Urne und das Kreuz am richtigen Platz!

Ein Jahr rechter AStA

Chronik eines Desasters ohne Ende!

■ Januar 2000:

Die Hochschulgruppen Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Liberale Hochschulgruppe (LHG), Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF), Liste unabhängiger Studierender (LUSst) und MännerHeteros (MH) erhalten bei den Uni-Wahlen das Vertrauen der Mehrheit der Studierenden. Sie erringen 24 der 47 Sitze im Studierendenparlament, also eine Ein-Stimmenmehrheit.

■ Februar 2000:

Oben genannte Listen unterzeichnen einen Koalitionsvertrag zur Bildung eines AStA. Bei der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlamentes (StuPa) scheitert der Vorsitz-Kandidat der *Koalition*, Ralf Ludwig, gleich in zwei Wahlgängen, da die Koalitionslisten nicht geschlossen für ihn stimmen möchten. Auch die Kandidaten für das Finanz- und das Hochschulpolitikreferat erhalten zunächst keine Mehrheiten. Bei der Wahl zum Außenreferenten kommt es zum Eklat: Der Kandidat von der LHG erhält auch im dritten Wahlgang keine Mehrheit. Die Koalition gibt entnervt auf, und die Sitzung wird für zwei Wochen unterbrochen.

Februar 2000, die 2.: Neue StuPa-Sitzung, altes Leid. Auch in dieser Sitzung hat die Koalition keine Mehrheit. Bei der Wahl zum Sozialreferenten setzt sich überraschend der Kandidat der Juso-Hochschulgruppe gegen einen Kandidaten des RCDS durch. Grund war, daß die Liberale Hochschulgruppe ihren Koalitionspartner nicht mehr unterstützen wollten, da sich der Kandidat der Juso-Hochschulgruppe als wesentlich kompetenter präsentierte. Zum Außenreferenten wird mit Rene Stender (LuSt) nicht der vorgesehene Kandidat gewählt.

■ April 2000:

Beim Versuch, den im Februar erfolglosen RCDS-Kandidaten in das Amt des Sozialreferenten zu wählen, scheitert die Koalition erneut zwei Mal. Schließlich wird Tobias Harzer (RCDS) zum Sozial- und Christoph Ebel (LHG) zum Außenreferenten gewählt, nachdem der bisherige Amtsinhaber Rene Stender zurückgetreten war. Der AStA ist damit personell komplettiert. Aber wer geglaubt hatte, er würde endlich mit der politischen Arbeit beginnen, wurde jäh eines Besseren belehrt.

■ Juli 2000:

Nachdem sich Gerüchte mehrten, die

AStA-Koalition sei persönlich und politisch tief zerstritten, zum Beispiel in der Frage, wie man zu dem Göttinger Bündnis gegen den Nazi-Aufmarsch stehe, werden die ParlamentarierInnen durch ein konstruktives Mißtrauensvotum der Koalition gegen ihren eigenen AStA-Vorsitzenden Ludwig überrascht. Offizielle Lesart: Ludwig habe Streß im Studium und hätte ohnehin nur ein halbes Jahr Vorsitzender sein wollen. Nachfolger sollte ausgerechnet Tobias Harzer (RCDS) werden, der zuvor wegen Inkompetenz von der LHG nicht zum Sozialreferenten mitgewählt wurde.

Doch auch dieses Vorhaben mißlingt. Wegen offensichtlicher persönlicher Verwerfungen kommt Ludwig dem Mißtrauensvotum durch einen Rücktritt zuvor und hinterläßt einen kopflosen AStA. Die sofortige Wahl von Harzer zum Vorsitzenden scheitert wegen Formfehlern.

■ August 2000:

Die Wahl von Tobias Harzer zum Vorsitzenden gelingt, aber natürlich erst im dritten Wahlgang. Der AStA könnte nun, nachdem die Legislaturperiode bereits zu mehr als der Hälfte abgelaufen ist, vielleicht endlich an die Arbeit gehen. Doch daraus wird wieder nichts. Mittlerweile hatte sich der AStA ein hochnotpeinliches Open-Air-Konzert auf dem Campus geleistet, das der Göttinger Studierendenschaft einen finanziellen Schaden von rund 10.000 DM beschert hat.

■ November 2000:

Der AStA organisiert eine 48-Stunden-Uni. Ergebnis: Noch nie in 4 Jahren gab es so wenige Veranstaltungen, ein so geringes Interesse der Studis und eine so miserable Themenauswahl. Der rechte AStA macht auch dieses Projekt kaputt.

■ Dezember 2000:

Die alten personellen Zwistigkeiten im AStA brechen wieder aus. Bei den Wahlen zu den studentischen VertreterInnen für das Studentenwerk erhalten die KandidatInnen der rechten Koalition erneut keine Mehrheit. Im Studiwerk werden auch kommendes Jahr glücklicherweise mehrheitlich rot-grüne VertreterInnen sitzen. Angesichts der Peinlichkeiten löst sich die erneut blamierte AStA-Koalition praktisch auf. Der StuPa-Präsident (RCDS) tritt zurück, nachdem er zuvor ParlamentarierInnen der Linken wüst beschimpft und beleidigt hat.

■ Januar 2001:

RCDS im Spendensumpf. Mit der politischen Unfähigkeit nicht genug - die rotation findet heraus, daß dubiose Spenden im Zusammenhang mit der Juristenfete an die CDU geflossen sind. Mehr dazu auf Seite 11 in dieser Ausgabe.

Was läßt sich aus dieser Chronik lernen? Dieses Jahr rechter AStA hat der Göttinger Studierendenschaft schwer geschadet. Die Koalition war vollkommen unfähig, tief zerstritten, ohne Konzepte und Ideen und zudem noch stümperhaft peinlich. Ein Jahr rechter AStA ist wirklich genug! Wir brauchen endlich wieder einen AStA mit Ideen, mit Rückgrat und mit politischer Kompetenz.



In den Sand gesetzt

Ein verlorenes Jahr für die Studierendenschaft: Katastrophale Bilanz des aktuellen ADF-RCDS-LHG-AStA

Einmal im Jahr wird abgerechnet. Wenn im Januar in Göttingen die Uni-Wahlen anstehen, dann packen die studentischen Gruppen den Säbel aus. Auf Stimmenfang wird fröhlich aufeinander eingedroschen, diffamiert und polemisiert. Bei den unbeteiligten BetrachterInnen stellt sich dann schnell die Frage nach dem Sinn solcher Grabenkämpfe im allgemeinen und der studentischen Uni-Wahlen im besonderen, wo eigentlich zumindest die Vertretung der sogenannten "studentischen Interessen" alle einen müßte. Unterschiede zwischen den Gruppen jedoch gibt es en masse. Und aus diesem Grund können auch wir Euch einen Rückblick auf das vergangene AStA-Jahr nicht ersparen. Immerhin ist es wichtig, unsere Ziele für den nächsten AStA mit der Arbeit des aktuellen verglichen zu können. Doch wir bemühen uns um eine nüchterne Darstellung ohne allzuviel Polemik - auch wenn dies schwerfallen mag.

■ Interne Querelen von Anfang an

Der AStA 2000 hatte alles andere als einen leichten Start. Die Uni-Wahlen waren hauchdünn ausgegangen, ohne klare Mehrheiten für ein eventuell schon vorher feststehendes Bündnis. Im Studierendenparlament verfügte die letztlich gebildete Koalition aus RCDS, ADF und LHG über eine Mehrheit von gerade mal einem Sitz. Notwendig dafür war die Beteiligung zweier sogenannter Spaßlisten, die, mit jeweils einem Sitz im 47 Plätze umfassenden StuPa ausgestattet, die sprichwörtlichen Zünglein an der Waage waren: LuSt war eine Abspaltung von der ADF, die MännerHeteros wurden gebildet vom Fachschaftsrat Physik, der eigentlich nur aus dem Grund auf Uni-Ebene antrat, um dort scheinbar effektiver gegen die als undemokratisch empfundenen Strukturen in der Fachschaftsräteversammlung angehen zu können.

Gleich die erste Stupa-Sitzung, bei welcher der AStA gewählt werden mußte, geriet zum Fiasko. Waren die Koalitionsverhandlungen noch zülig abgehakt worden, schaffte nun keiner der Kandidaten die Wahl im ersten Durchgang. Schlimmer noch für RCDS und ADF: Unser Kandidat für das Sozialreferat setzte sich gegen den Kandidaten des RCDS durch - aufgrund seines unbezweifelbaren Kompetenzvorsprungs. Zustande kam dann ein AStA als diffuser Flickenteppich und die Erkenntnis, daß die AStA-tragenden Listen

nicht einmal imstande waren, für ihre eigenen Projekte und Kandidaten zu stimmen.

Das Ritual, daß der amtierende AStA aus unerfindlichen Gründen seine Mehrheit nicht zusammenbekam, verfolgte uns dann das ganze Jahr über. Bis zur letzten Sitzung Anfang Dezember, als die AStA-tragenden Listen offenbar endgültig kapitulierten und von acht Plätzen in den wichtigen Gremien des Studentenwerks nur zwei an AStA-Kandidaten fielen, je drei dagegen an uns und an die Grüne Hochschulgruppe.

■ Chaos beim RCDS

Das wohl peinlichste Kapitel des AStA-Jahres schrieb der CDU-Studierendenverband RCDS. Interne Grabenkämpfe in der Gruppe führten zur Abwahl des AStA-Vorsitzenden. Ähnliche Vorgänge im Göttinger AStA gab es noch nicht einmal, als sich in grauer Vorzeit noch linke Sektierer um den richtigen Weg zur Weltrevolution stritten. Denn nicht nur, daß der Vorsitzende wie ein rüddiger Hund aus dem AStA gejagt worden war - inzwischen schien dort ein Miniaturbürgerkrieg zu herrschen, der einen großen Teil der Energie der AStA-Referenten absorbierte. Höhepunkt des Dramas waren Aussagen von AStA-Mitgliedern gegenüber der Polizei (die wegen mehrerer Brandanschläge auf den AStA ermittelte), die ihren ehemaligen Vorsitzenden so sehr belasteten, daß nun immer noch gegen ihn ermittelt wird.

Die dubiose Spendenpraxis des RCDS haben wir schon in der vergangenen rotation beleuchtet und veröffentlicht dies hier erneut auf Seite 11. Nicht nur hier gilt: Der Fisch stinkt nicht nur vom Kopfe her, sondern ist im Falle des RCDS vielmehr im Kern verrotten. Gegenseitige Beschimpfungen ehemaliger und aktueller RCDS-Mitglieder am Rande von Stupa-Sitzungen waren an der Tagesordnung, unschöne Worte wurden gewechselt.

■ Nichts zu berichten

Es fällt schwer, über Projekte des AStA zu urteilen, denn solche gab es kaum. Am erfreulichsten ist noch die Nachricht, daß offenbar Geld gespart wurde, das nun dem nächsten AStA zur Verfügung stehen wird. Die AStA-Zeitung Spumante erschien so selten, daß man ihre Existenz in den langen Zeiträumen dazwischen völlig vergaß,

und wenn sie erschien, war sie von erbärmlicher Qualität. Der Internet-Auftritt des AStA sah auf den ersten Blick zwar hübsch aus, doch führten bis zuletzt die meisten Links immer noch ins Leere, in Ermangelung von Projekten und Positionen des AStA. An der Uni trat dieser kaum in Erscheinung. Somit geriet das wichtigste Projekt der AStA-Gruppen zum Desaster: die Verbesserung der Service-Arbeit.

Ganz zu schweigen von politischen Positionen. Abgesehen von einem BAföG- und einem Studiengebühren-Artikel, die beide sehr schön - ein Schelm, wer Böses dabei denkt! - den Inhalt von lange zuvor erschienenen rotations-Artikeln wiedergaben, herrschte Fehlanzeige. Zu den Entwicklungen bei der Neufassung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes, die auch für unsere Uni von enormer Tragweite sind, war lange überhaupt nichts vom AStA zu hören. Auf ausdrückliche Nachfrage war im Sommer vielmehr zu hören, die zuständigen AStA-Referenten hätten keine Zeit, da mit dem Abfassen von Jura-Hausarbeiten beschäftigt (zur Erinnerung: Die Referenten werden mit monatlich 1000 DM vergütet, um für die Zeit ihrer AStA-Arbeit vollständig mit dem Studium aussetzen zu können). Als die AStA-Gruppen vor kurzem dann endlich eine Diskussion mit dem bildungspolitischen Sprecher der regierenden SPD-Fraktion organisiert hatten, waren die wichtigen Entscheidungen schon längst gefallen, hatten die Juso-Hochschulgruppen unter anderem den Bestand der Verfaßten Studierendenschaft längst bei Wissenschaftsminister Oppermann durchgesetzt.

Nur Trauer hervorrufen kann die Art, wie der AStA das einst ambitionierte, außergewöhnliche und erfolgreiche Projekt der 48-Stunden-Uni zugrunde gerichtet hat (rotation Nr. 58 berichtete). Vor Wut und Zorn kann man sich kaum hüten, wenn man die Arbeit früherer ASten oder anderer ASten bundesweit mit der unseres AStA vergleicht - dilettantischer geht Studierendenpolitik nicht mehr. Und so ist es wieder allerhöchste Zeit: für einen aktiven, kompetenten AStA, für einen politischen AStA, für aktive Servicearbeit und neue Ideen. Schlimmer kann es nicht mehr kommen, und mit uns wird's bestimmt besser. Weshalb ihr uns wählen solltet - dafür gibt es zahllose Gründe. Mehr davon in den anderen Artikeln in diesem Heft.



Unser Programm zur Wahl 2001

Wofür wir stehen. Was wir wollen!

■ Wir wollen einen politischen AStA

Da die Hochschule ein Teil der Gesellschaft ist, ist eine Trennung von Hochschul- und Allgemeinpolitik weder sinnvoll noch möglich. Vor allem die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik bestimmen massiv die Zustände an den Hochschulen mit, so daß sich die Studierenden auch zu diesen Politikfeldern äußern müssen. So ist die aktuelle Unterfinanzierung der Hochschulen nur eine Folge der Umverteilungspolitik und des Sparens im Bereich der öffentlichen Haushalte. Ebenso wirkt die Hochschule über die AkademikerInnenausbildung und Forschung notwendig auf die "Allgemeinpolitik" und die ökologische und soziale Ausgestaltung unserer Umwelt ein. Deshalb wollen wir Jusos im AStA für eine sozial und ökologisch verantwortliche Politik eintreten.

■ Wir wollen einen AStA, der Studierenden konkret hilft

In Zeiten immer größer werdender sozialer Unterschiede muß der AStA kompetent bei Problemen wie Miet-, Prüfungs-, Unterhalts- und AusländerInnenrecht helfen. Ein von uns besetztes AStA-Sozialreferat wird eine kostenlose Sozial- und BAföG-Beratung anbieten. Das Angebot an Infobroschüren werden wir nach Bedarf aktualisieren und erweitern, sowohl in gedruckter Form als auch im Internet.

Der AStA soll die Wünsche der Studierenden aufnehmen. Als Vertretungsorgan muß er ihre Interessen bündeln und politisch umsetzen sowie die erforderliche Öffentlichkeit schaffen. Wir wollen einen AStA, dessen Arbeit offen und transparent für alle Studierenden ist. Der AStA muß auf dem Campus stärker präsent sein.

Die Arbeitsbedingungen der studentischen "Hilfskräfte" müssen verbessert werden. Wir werden uns gemeinsam mit den Gewerkschaften für einen Tarifvertrag einsetzen, der die Stellung der "Hiwis" verbessern soll.

■ Wir wollen die Hochschule wieder als Lebensraum erschließen

Ziel unserer politischen Aktivität ist es, möglichst vielen Menschen unabhängig von ihrer finanziellen Situation ein Studium zu ermöglichen. Das Studium soll der Ausbildung ihrer Persönlichkeit dienen und demokratisches Bewußtsein schaffen sowie dazu befähigen, Bildungsinhalte zu beurteilen und diese verantwortlich in der Gesellschaft umzusetzen. Die Uni darf keine Lernfabrik sein.

Wir wollen verstärkt kulturelle Aktivitäten in der Hochschule fördern. Dabei müssen studentische Projekte unterstützt werden. Ebenso soll die Uni wieder zum Gesprächsraum und Ort gesellschaftlicher Diskussionen werden. Die soziale Infrastruktur an der Universität muß dahingehend verbessert werden, daß Studieren mit Kind oder eine Erziehungspause nicht das Ende der wissenschaftlichen Karriere bedeuten. Im Moment sind hiervon noch vor allem Frauen betroffen. Die Organisation des Studiums sowie die Ausbildungsförderung sollte die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums bieten.



■ Wir wollen Chancengleichheit beim Hochschulzugang

Die Einführung von Studiengebühren muß auf Dauer verhindert werden. Studiengebühren sind unsozial, ganz gleich wie sie ausgestaltet werden. Eine Finanzierung von Bildung sollte durch ein gerechtes Steuersystem erfolgen, das Arme weniger, Reiche mehr belastet. Es sollen nicht nur Familien mit Kindern für Bildung und Ausbildung der kommenden Generationen aufkommen. Wir fordern, daß ein generelles Verbot von Studiengebühren, welches auch Einschreib- oder andere "Verwaltungsgebühren" einschließen muß, im Hochschulrahmengesetz verankert wird. Wir setzen uns für eine grundlegende BAföG-Reform ein. Die Bedarfssätze müssen sich an den Bedürfnissen der Studierenden und die Förderungszeiten an der durchschnittlichen Studiendauer orientieren. Das Zins-BAföG muß schnellstens vollständig ersetzt werden. Auf längere Sicht wollen wir die Einbettung der Ausbildungsfinanzierung in ein System der eltern-unabhängigen sozialen Grundsicherung.

■ Wir wollen die Demokratisierung der Hochschule

Wir wollen, daß die Universität stärker als bisher von Studierenden gestaltet wird. Dazu bedarf es der Demokratisierung der bislang völlig von ProfessorInnen bestimmten Gremien. Derzeit wird über die Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) diskutiert. Wir werden uns dafür einsetzen, daß diese neuen gesetzlichen Spielräume im Interesse der Studierenden genutzt und intelligente neue Konzepte von allen Beteiligten gemeinsam entwickelt werden.

Die Universität ist nicht nur eine Ausbildungsstätte, sondern auch ein Ort der Forschung. Deshalb verlangen wir gerade in Zeiten, in denen die Wissenschaft immer stärker von den Interessen der Drittmittel-Geber bestimmt wird, eine stärkere demokratische Kontrolle. Wir fordern von den ProfessorInnen klare Rechenschaft über Herkunft und Verwendung ihrer Forschungsgelder. Eine Forschung, die lediglich Sonderinteressen der Wirtschaft bedient, lehnen wir ab. Der AStA muß sich in der universitären Gremienarbeit engagieren. Dazu gehört für uns eine enge Vernetzung und Beratung mit den studentischen Mitgliedern im Senat und den einzelnen Senatskommissionen.

Berliner Hof

Weender Landstraße 43 • 37075 Göttingen
Telefon 0551 / 38 33 20 • Fax 0551 / 3 83 32 32

Pilsstube

Deutsche Küche

Faßbiere König Pilsener & Jever Pilsener
Platz für Veranstaltungen
Hochschul- und Sportgruppen
Räume für bis zu 33 Personen.

...die gemütliche Kneipe vis à vis der Uni

■ Wir wollen Diskriminierungen bekämpfen

Auch innerhalb der Uni dürfen nicht organisatorische, ausstattungsbedingte oder bauliche Schranken gleichberechtigten Zugang verhindern. Der AStA muß sich dafür einsetzen, daß Diskriminierungen an der Uni beseitigt werden. So müssen Maßnahmen ergriffen werden, um gleichberechtigten Zugang behinderter Studierender zu erreichen. Die Benachteiligung von Studierenden mit Kindern oder derer, die über den zweiten Bildungsweg den Zugang zur Uni erreicht haben, muß bekämpft werden. Auch das gesellschaftlich feindliche Umfeld gegenüber Schwulen und Lesben ist nicht zu tolerieren.

■ Wir wollen eine aktive Frauenpolitik

An den Universitäten werden Frauen nach wie vor benachteiligt: Das zeigt sich vor allem im Bereich der Stellenbesetzung, aber auch an den männlich geprägten Strukturen der Hochschule. Frauenpolitik an der Universität ist aber immer auch engagierte Wissenschaftskritik und zielt auf eine grundlegende Reform der Hochschule. Deshalb fordern wir, daß systematisierte Frauenförderung an den einzelnen Fachbereichen als Kriterium für die Mittelvergabe in den kommenden Globalhaushalt aufgenommen wird. Vorrangig ist hierbei die Besetzung der Professuren, da Frauen hier am wenigsten vertreten sind.

Wir wollen, daß der AStA die Studentinnen über Qualifikations-Stipendien-, Weiterbildungs- und Wiedereinstiegsmöglichkeiten informiert. Dabei ist eine enge Kooperation mit dem Frauenbüro der Universität unerlässlich.

Wir wollen das Vernetzungstreffen "Frauen in den Gremien" in Zusammenarbeit mit der Frauenbeauftragten neu beleben. Um diese Ziele zu verwirklichen wollen wir ein frauenpolitisches Referat im AStA.

■ Wir wollen einen AStA, der sich im Bereich der Ökologie engagiert

Die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und die ökologischen Risiken bestimmter Energiegewinnungsmethoden machen einen verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit Energie im allgemeinen und den Verzicht auf die Atomenergie im besonderen unabdingbar. Wir fordern eine noch konsequentere Abkehr von der risikoreichen Atom- und der umweltschädlichen Kohleenergie durch eine gezielte Förderung erneuerbarer und regenerativer Energieformen. Wir erwarten, daß der Staat in diesen Prozeß lenkend eingreift, etwa durch eine ökologisch orientierte Steuerpolitik, die über die momentan praktizierte Ökosteuern hinausgeht.

Wir wollen vor Ort, an der Universität und in der Stadt Göttingen, ökologisch orientierte Politik betreiben. Wir fordern eine Verstärkung der Energiesparbemühungen an der Uni Göttingen, eine Verbesserung des Radwegesystems und ein deutlich attraktiveres Buslinienkonzept in Göttingen. Eine weitere Stärkung des Individualverkehrs ist deutlich abzulehnen. Die Ökologisierung der Mensen und Wohnheime muß in Zusammenarbeit von AStA und Studentenwerk weiter vorangetrieben werden.

Weiterhin fordern wir eine stärkere Verankerung ökologischer Themen im Bereich der universitären Forschung und Lehre. Besondere Aufmerksamkeit muß dabei dem Bereich der Gentechnik gewidmet werden. Wir verkennen nicht die Chancen, die sich etwa

im Bereich der Medizin durch die Gentechnik ergeben können. Allerdings muß die Genforschung ethische und gesellschaftliche Fragen als integralen und gleichberechtigten Bestandteil ernst nehmen. Hier wird an der Universität Göttingen bislang noch zu wenig getan.

■ Wir wollen die Integration ausländischer Studierender vorantreiben

Wir setzen uns dafür ein, ausländischen Studierenden das Studium an deutschen Hochschulen entscheidend zu erleichtern. Wir fordern, daß ausländische Studierende das Recht auf Sozialleistungen und Ausbildungsförderung sowie eine Arbeitserlaubnis erhalten. Außerdem werden wir uns für die Beibehaltung der Deutschkurse im AStA einsetzen.

Gerade vor dem Hintergrund wiederholter Versuche der NPD, sich in Göttingen und der Uni festzusetzen, sollte der AStA wieder Teil des Göttinger Bündnisses gegen die Naziaufmärsche sein.

■ Wir wollen aktive politische Bündnisarbeit

Eine effektive Interessenvertretung der Studierenden braucht starke PartnerInnen auf allen Ebenen. Wir halten die Schaffung eines bundesweiten studentischen Dachverbandes, der für alle Studierendenvertretungen in der Republik sprechen kann, für unabdingbar. Ebenso halten wir eine stärkere Koordination auf Landesebene für erforderlich. Ebenso arbeiten wir eng zusammen beispielsweise mit dem Studentenwerk und der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft. Bündnisse müssen auch vor Ort geschlossen werden. Der AStA muß weiterhin gemeinsam mit den Gewerkschaften sowie politisch und kulturell aktiven Gruppen Positionen formulieren und propagieren.

Geht Wählen!

Zur Abgabe Eurer Stimme braucht ihr nur Euren Personalausweis!

Die Wahlbenachrichtigung ist nicht erforderlich!
Wo Euer Wahllokal ist, erfahrt Ihr auf der letzten Seite dieser ROTATION.

Lichtpaus Theuerkorn
Christians Copy & Schnelldruck Center GmbH

2 Unternehmen
1 Konzept

Kopien
Digitaldruck
Scannen
Binden
Graphische Gestaltung
Satzarbeiten
Offset- und Schnelldruck
Großformate
Laminieren
Visitenkarten
Broschüren

 Lichtpaus
Theuerkorn

 Christians
COPY & DRUCK
Center

Papendiek 24 - 26 • 37073 Göttingen • Telefon:(05 51) 5 99 95

Unsere KandidatInnen.

30 unserer 80 SpitzenkandidatInnen zum „Kennenlernen“
Wir geben der Politik ein Gesicht!

AStA 2001



Alexandra Ortmann

*Geschichte/Politik
Juso-UB-Vorstand*



Gregor Motzer

*SoWi
Senats-
Strukturkommission*



Marianne Faupel

SoWi



Dirk Ehnts

*VWL
Senatskommission für
Studium & Lehre,
Bafög-
Förderausschuß*



Simone Scheps

*Sowi
Stiftungsrat Studiwerk*

Spitzenkandidat Senat



Lars Gargulla

*SoWi
Stiftungsrat Studiwerk,
Vorstand Soziologie,
Fakultätsrat*



Hanka Majewski

Politik/Englisch



Jens Südekum

*VWL
Senatskommission für
Haushalt & Planung*



Anna-C. Neumann

*Medizin
Fakultätsrat*



Steffen Krach

SoWi

Spitzenkandidat Konzil



Stephan Klecha

*SoWi
Ratsherr der Stadt
Göttingen*



Nadine Dreyer

*SoWi
Fakultätsrat*



Martin Koch

*Jura
Juso-Stadtverbands-
vorsitzender*



Juliane Haubold

*Geschichte
Vorstand Studiwerk*



Stephan Dützmänn

*Medizin
Fakultätsrat*



**Salvatore
Barbaro**

*WiPäd, VWL, Deutsch
Ex-AStA-HoPo-
Referent, Ex-Bafög-
Förderausschuß*



**Henrike
Abendroth**

Jura



Daniel Schüle

*Geschichte/Politik
Ex-AStA-
Sozialreferent, Bafög-
Förderausschuß*



**Stefanie
Springer**

SoWi



Tom Stolle

*Theologie
SPD-Stadtverbands-
vorsitzender
Ex-AStA-
Sozialreferent*



Markus Piccio

Sport, Slavistik



**Caroline
Emmelius**

*Germanistik
Fakultätsrat*



**Patrick
Brammer**

SoWi



**Alexis
Karageorgiou**

Jura



**Immo
Moshagen**

*Jura
Senator der Uni,
Bafög-
Förderausschuß*



Axel Theune

SoWi



Enno Entorf

*Jura
StuPa-Präsidium*



Rüdiger Eichel

*Germanistik
„Der proletarische
Siebeck“,
Fachschaftssprecher*



Jens Mattick

*SoWi
Haushaltsausschuß-
vorsitzender*



**Marc-Dietrich
Ohse**

*Geschichte
Alterspräsident*

Uni-Wahlen vom 16.-19.1.2001

Zur Stimmabgabe benötigt Ihr nur Euren Personalausweis.

Die Selbstverwaltung im Detail

Es erscheint wie ein undurchdringlicher Gremiensalat für alle, die noch nie damit zu tun hatten. Außerdem wimmelt es nur so von Abkürzungen und unverständlicher Insidersprache. Aber es ist eigentlich ganz einfach. Der folgende Text will versuchen, etwas Ordnung in dieses Chaos zu bringen.

I. Die Gremien der studentischen Selbstverwaltung

An der Universität werden die Belange der Studierenden auf zwei Ebenen vertreten, einmal auf der Ebene der Gesamtuniversität, zum anderen auf der Ebene der Fachbereiche. Das ganze kann man mit dem föderalen System der BRD vergleichen. Es gibt ein Parlament (StuPa), eine Regierung (AStA), Landtage (Fachschaftsparlamente), Landesregierung (Fachschaftsrat) und einen Bundesrat (FSRV). Natürlich hinkt dieser Vergleich, die studentischen Gremien verfügen über wenig Macht, dafür sorgen die Gremien der akademischen Selbstverwaltung und die staatlichen Behörden. Trotzdem kann einiges bewegt werden!

Das Studierendenparlament (StuPa)

Alle an der Universität eingeschriebenen Studierenden bilden die „Verfaßte Studierendenschaft“. Die Studierenden wählen einmal im Jahr (Ende Januar) das Studierendenparlament. Das StuPa ist die beschlußfassende Versammlung der gewählten VertreterInnen der Studierenden. Das StuPa wählt und kontrolliert den Allgemeinen Studierenden-Ausschuß.

Der Allgemeine Studierenden-Ausschuß (AStA)

Der AStA ist das ausführende Organ der Studierendenschaft. Er verfügt über eigene Gelder und kann so die politischen, kulturellen und sozialen Belange der Studierenden vertreten. Außerdem kümmert er sich um die Probleme, die alle Studierenden der Universität betreffen.

Das Ausländische Studierendenparlament (ASP)

Wie der Name schon sagt, wird das ASP von allen ausländischen Studierenden gewählt. Das ASP wählt dann den Ausländischen Studierendenrat.

Der Ausländische Studierendenrat (ASR)

Der Ausländische Studierendenrat vertritt und berät ausländische Studierende. Er organisiert und unterstützt Veranstaltungen.

Das Fachschaftsparlament

Es wählt und kontrolliert den Fachschaftsrat und beschließt dessen Haushalt. Gewählt wird es von allen Studierenden des Fachbereiches.

Der Fachschaftsrat (FSR)

Der FSR hat die gleichen Aufgaben wie der AStA inne; wobei die Aufgaben nicht streng aufgeteilt sind. Im Allgemeinen kümmert sich der Fachschaftsrat um die Fachbereichsprobleme.

Die Fachschaftsrateversammlung (FSRV)

Alle Fachschaftsrate sind aber durch die Fach-

schaftsräteversammlung auch an der allgemeinen Gesamtunipolitik beteiligt. Die FSRV soll die Interessen der Fachschaften gegenüber dem AStA vertreten. Sie besitzt deshalb ein Einspruchsrecht.

FachgruppensprecherInnen

In größeren Fachbereichen gibt es neben dem Fachschaftsrat noch eine Vertretung der Fachgruppen.

II. Die Gremien der akademischen Selbstverwaltung

Die wirklichen Entscheidungen an der Universität fallen in diesen Gremien. Hier sind auch die Studierenden vertreten, aber sie müssen sich mit einer Minderheitenrolle begnügen, da laut Bundesverfassungsgerichtsurteil in diesen Gremien die ProfessorInnen über die absolute Mehrheit verfügen müssen. Auch die Gremien der akademischen Selbstverwaltung teilen sich auf die zwei Ebenen der Universität, Gesamtuni und Fachbereiche, auf.

Gremien auf der Ebene der Gesamtuni sind:

1. Das Konzil

Es setzt sich aus 67 ProfessorInnen und je 22 VertreterInnen der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen, des Technischen und Verwaltungsdienstes und der Studierendenschaft zusammen. Das Konzil tagt (mindestens und meistens) einmal im Semester, wobei es den Rechenschaftsbericht der PräsidentIn entgegennimmt. Alle sechs Jahre wählt das Konzil die Präsidentin/den Präsidenten. Änderungen der Grundordnung (das ist die „Uni-Verfassung“) müssen hier beschlossen werden.

2. Der Senat

Der Senat ist das wichtigste und einflussreichste Organ der Selbstverwaltung. -> siehe Seite 2 dieser Rotation

3. Die Präsidentin/der Präsident

An der Spitze der Universität steht die PräsidentIn. Sie hat die Aufgabe, die Selbstverwaltung zu koordinieren und die Universität nach

außen zu vertreten. In der Regel wird sie auf sechs Jahre gewählt und von drei VizepräsidentInnen unterstützt.

4. Zentrale Frauenversammlung

Alle Frauen, die an der Universität beschäftigt sind oder an ihr studieren, wählen die Zentrale Frauenversammlung. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Wahl der Universitätsfrauenbeauftragten.

5. Die Universitätsfrauenbeauftragte und das Frauenbüro

Die Frauenbeauftragte vertritt auf der Uniebene die Interessen von Frauen, so z.B. bei Belästigungen, Einstellungen, Verteilung von Geldern usw. Das Frauenbüro (Humboldtallee 3) steht allen Frauen an der Uni zur Verfügung.

Die Gremien der Fachbereiche sind:

1. Der Fachbereichs- oder Fakultätsrat (FBR)

Der Rat entspricht dem Senat auf der Fachbereichsebene. Im Fachbereichsrat haben alle Gruppen ein aufschiebendes Vetorecht.

2. Die Dekanin/Der Dekan

Der Fachbereichsrat wählt aus der Mitte der ProfessorInnen eine Dekanin / einen Dekan für ein Jahr, der den Vorsitz im Fachbereichsrat inne und die laufenden Geschäfte führt.

3. Die Fachbereichsfrauenbeauftragte

Auch auf der Ebene der Fachbereiche und der zentralen Einrichtungen (z.B. Rechenzentrum) gibt es Frauenbeauftragte.

Was wird bei den Uniwahlen gewählt?

Auf Uniebene werden die studentischen VertreterInnen für den Senat, das Konzil und die Zentrale Frauenversammlung sowie die Mitglieder des Studierendenparlaments und des Ausländischen Studierendenparlaments.

Auf Fachbereichsebene werden die studentischen VertreterInnen für den Fakultätsrat, das Fachschaftsparlament und in einigen Fakultäten FachgruppensprecherInnen gewählt.

Aus aktuellem Anlaß veranstaltet die Juso-HSG einen Abend zum Thema:

Schwarze Konten, anonyme Spenden und Parteien als Unternehmer.

Ist das System der Parteienfinanzierung in der Krise?



Ein Gespräch mit:

Inge Wettig-Danielmeier, MdB
Bundesschatzmeisterin der SPD

Mittwoch, 10. Januar 2001, 18.00 Uhr
Oeconomicum Ü1

Der folgende Artikel wurde bereits in der letzten Ausgabe der rotation abgedruckt. Wegen des großen Wirbels, den er verursachte und weil die rotation Nr. 59 binnen kürzester Zeit vergriffen war, geben wir hier noch einmal allen die Gelegenheit, ihn zu lesen.

Saufen für die CDU!

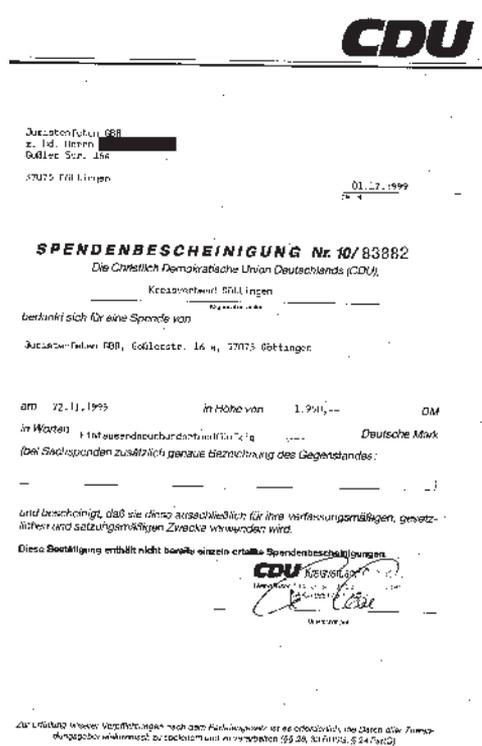
Dient Juristenfete der Parteienfinanzierung? Spenden in vierstelliger Höhe!

Wo landen Gelder aus Uni-Feten, wer profitiert von Feierlichkeiten auf dem Campus? Warum arbeiten Studierende hart, um Spenden für die CDU zu erwirtschaften? Warum erfahren Fetenbesucher nicht, daß der Gewinn oder zumindest ein Teil davon für Parteispenden ausgegeben wird? Fragen über Fragen. Seit Wochen kursieren Gerüchte. Die rotation ist nun der Angelegenheit nachgegangen.

Stell Dir vor, Du gehst auf eine Uni-Fete und amüsiert Dich blendend. Dabei nimmst Du das ein oder andere Getränk zu Dir und im Laufe des Abends hat sich Deine Geldbörse um 30 Mark erleichtert. Vielleicht nicht alltäglich, aber durchaus realistisch. Nun aber soll es so sein, daß Dein Abend der CDU in Göttingen 45 Mark beschert hat. Schon weniger realistisch? Nur bedingt!

Jedes Semester findet auf dem Campus im Juridicum die große Juristenfete statt. Traditionell sehr gut besucht, werden dabei wohl jeweils Beträge im höheren vierstelligen Bereich umgesetzt. Ein Teil der Gewinne dient nun offenbar dazu, per Parteispende die CDU zu finanzieren. Dokumente, die der rotation vorliegen, beweisen unzweifelhaft, daß die Veranstalter der Juristenfete in mindestens einem Falle fast 2.000 DM an die CDU gespendet haben. Dies ergibt sich aus der Spendenbescheinigung Nr. 10/83882 des Kreisverbandes Göttingen der CDU. Eingegangen ist der Betrag in Höhe von 1950,00 DM am 22.11.1999. In der Spendenbescheinigung bedankt sich die CDU für die Spende und versichert, diese ausschließlich „für ihre verfassungsmäßigen, gesetzlichen und satzungsmäßigen Zwecke“ zu verwenden.

Wer also steckt hinter der Juristenfete? Die Juristenfeten werden von einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts mit dem Namen „Juristenfete GbR“ organisiert. Zu dieser Gesellschaft gibt es eine Gründungsvereinbarung, aus der hervorgeht, daß der CDU-nahe Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) neben der Jura-Gruppe DAF (Demokratische Aktion Fachschaft) die „gesellschafterstellenden Organisationen“ sind. Hintergrund ist, daß die Juristenfete eigentlich vom Fachschaftsrat Jura getragen wird. Da dieser für eine solche Veranstaltung keine Haftung übernehmen kann, wird seit



Jahren eben die genannte „Juristenfete GbR“ gegründet. Der Gewinn der Fete wird dann normalerweise unter den Gruppen, die den Jura-Fachschaftratsrat stellen und damit auch die Fete tragen, aufgeteilt. Im betreffenden Zeitraum waren dies, wie gesagt, die Gruppen RCDS und DAF.

Soweit handelt es sich um eine unproblematische Praxis. Sehr ungewöhnlich dagegen ist es, daß normalerweise notorisch geldklamme Hochschulgruppen als indirekte Gesellschafter der GbR ihr mühsam erwirtschaftetes Geld nicht für ihre alltägliche politische Arbeit (Publikationen, Wahlkampf,...) verwenden oder andere schöne Dinge damit finanzieren, sondern ohne scheinbaren eigenen Nutzen an eine Partei weitergeben. Und die Frage, woraus solch eine Spende motiviert sein mag, drängt sich dem unbeteiligten Beobachter damit unwillkürlich und bohrend auf.

Die CDU jedenfalls profitiert von solch einer Spende auf zweierlei Wegen. Einerseits erhält sie indirekt Gelder von unwissenden Studierenden, andererseits muß der Steuerzahler noch einmal 50 % der Spende dazugeben. Ursächlich hierfür ist der § 18 III des Parteiengesetzes. Demnach erhält eine Partei - vereinfacht dargestellt - für jede

Spendenmark 50 Pfennige aus allgemeinen Steuermitteln. In diesem Fall also durfte sich die CDU über den stolzen Betrag von immerhin 2925,00 DM freuen!

Rechtlich ist gegen diese Praxis erst einmal nichts einzuwenden. Jeder Vereinigung steht es frei, an wen auch immer zu spenden und dafür natürlich auch Spendenquittungen zu bekommen. Moralisch und politisch eine Frechheit ist unserer Meinung nach jedoch, daß die Besucher der Juristenfete nicht über die tatsächlichen Nutznießer und die Verwendung der Mittel informiert werden. Studierende werden so zu finanziellen Stützen der CDU-Politik und helfen unwissend, die durch dubiose Spendenpraktiken und aufgeblogene „schwarze Kassen“ gerupften CDU-Finanzen zu sanieren.

Es ist für uns schon sonderbar, daß offensichtlich ein Gewinn der Juristenfete GbR an die CDU fließt, denn laut Gründungsvereinbarung soll der Gewinn, wie oben erwähnt, nach Abzug von Kosten und anderweitigen Verwendungen (sind hiermit etwa Parteispenden gemeint?) an die „risikotragenden Dachorganisationen“, also auch an den RCDS, gehen. Ein internes Problem zwischen DAF und RCDS wäre es, wenn so mit der Spende gegen die Gründungsvereinbarung verstoßen worden wäre. Ein Verstoß gegen das Parteiengesetz dagegen läge vor, wenn die Spende an die CDU mit dem Zweck gegeben wurde, dem RCDS das Geld, eventuell um die staatlichen Zuschüsse bereichert, auszuzahlen - glücklicherweise liegen uns für einen solchen Vorgang zur Zeit keinerlei Beweise vor und er bleibt somit im Reich der Spekulationen. Würde die CDU hier als Verschiebehahn aufzutreten, dann wären viele Fragen zu beantworten. Das Parteiengesetz soll nämlich unter anderem verhindern, daß das staatliche System der Parteienfinanzierung als Instrument wunderbarer Geldvermehrung mißbraucht werden kann.

Doch auch so bleibt die Parteienunterstützung durch die Veranstalter der Juristenfete aus Kreisen hauptsächlich des RCDS für uns ein Skandal. „Brutalstmögliche Aufklärung“ kann auch hier erwartet werden - und wenn es denn bedeuten sollte, daß die nächste Juristenfete unter dem Motto „Saufen für die CDU“ stattfindet.

Wo und wann kann gewählt werden ?

Am 16. bis 18. Januar, jeweils von 10-17 Uhr an folgenden Orten:

Theologische Fakultät: Theologicum (Vorraum Sem.-Bibl.)

Juristische Fakultät: Juridicum (Raum 21)

Medizinische Fakultät:

am 16.1. bis 12.30 Uhr Zentren Physiologie / Biochemie, Humboldtallee 23, Eingangshalle

am 16.1. ab 13.30 Uhr Klinikum, Ebene 0 (Vorraum zu den Hörsälen)

sowie 17.1 und 18.1. von 10-17 Uhr im Klinikum Ebene 0

Philosophische Fakultät: ZHG, Flur 1. Stock, Eingang zum MZG

Mathematische Fakultät und Fakultät für Physik:

Institut für Numerische und Angewandte Mathematik, Lotzestr. 16-18, Eingang Böttingerstraße (Sozialraum)

Fakultät für Chemie und Fakultät für Geowissenschaften:

Geowissenschaftliches Institut, Goldschmidtstr. 3 (Vorraum der Hörsäle)

Biologische Fakultät:

Inst. f. Mikrobiologie, Griesbachstr. 8, Foyer im EG

Albrecht-von-Haller-Institut, Untere Karspüle 2, Foyer im EG

Fakultät für Forstwissenschaften und Waldökologie: Büsgenweg 5 (Dekanatssitzungszimmer)

Fakultät für Agrarwissenschaften:

am 16.1. Inst. für Agrikulturchemie, v.-Siebold-Str. 6 (Eingang Praktikum)

am 17.1. Inst. f. Pflanzenpathologie, Griesbachstr. 6 (Vorraum EG)

am 18.1. ZHG, Flur 1. Stock, Eingang zum MZG

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät und Sozialwissenschaftliche Fakultät:

Oeconomicum, Übungsraum 8 im EG

Die rein studentischen Organe können **zusätzlich am 19. Januar von 10 Uhr bis 14 Uhr** in einem **Wahllokal für alle Fakultäten im ZHG, Flur 1. Stock, Eingang zum MZG** gewählt werden.

Für die Stimmabgabe ist lediglich der Personalausweis vorzulegen, die Wahlbenachrichtigungskarte ist nicht nötig!

Kontakt

über Daniel (Tel. 75734)
oder Alexandra (Tel. 6337144)

Wir treffen uns jeden Donnerstag um 20
Uhr im Theologicum (TO 7).

**Interessierte sind jederzeit
herzlich willkommen!**



Juso

Hochschulgruppe Göttingen

Die rotation wird von der Juso-
Hochschulgruppe Göttingen herausge-
geben und ist in völliger politischer und
finanzieller Unabhängigkeit erstellt. Sie
erscheint regelmäßig im Semester.

Auflage: 3000 Exemplare
V.i.S.d.P: Daniel Schüle
e-mail-Kontakt: jusos@gwdg.de

Weitere Infos zu den Wahlen, Ergebnissen und den Jusos gibt es im Internet unter:

www.gwdg.de/~jusos/